

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Berlin soll beim Klimaschutz nicht weiter im Abseits stehen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Regierenden Bürgermeister und den Senat auf, dem europäischen "Bürgermeisterkonvent für Klimaschutz" beizutreten.

Das Abgeordnetenhaus beauftragt den Senat, die damit verbundenen Verpflichtungen für Berlin, die über das ohnehin bestehende Berliner Klimaszutzziel hinausgehen, einzugehen:

- Der Senat soll dem Bürgermeisterkonvent und dem Abgeordnetenhaus binnen eines Jahres einen Klimaschutzaktionsplan vorlegen, der darstellt, wie das Berliner Klimaziel erreicht werden soll und welche Klimaschutzinstrumente dazu welche genauen Beiträge leisten sollen.
- Der Senat soll dem Bürgermeisterkonvent mindestens alle zwei Jahre Umsetzungsberichte vorlegen und diese ebenfalls dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung geben. Mit diesen Umsetzungsberichten soll ausgewertet und überprüft werden, wie wirksam die einzelnen Klimaschutzinstrumente sind. Auf dieser Basis kann der Klimaschutz-Aktionsplan weiterentwickelt werden, falls sich einzelne Instrumente als nicht ausreichend wirksam erweisen.
- Der Senat soll in Kooperation mit der EU-Kommission und anderen Organisationen regelmäßig Energietage oder Klimaschutztage veranstalten, die es den Berlinerinnen und Berlinern erlauben, direkt von den Möglichkeiten und Vorteilen einer intelligenten Energienutzung zu profitieren.
- Der Senat soll sich verpflichten, sich an den jährlichen Tagungen des Bürgermeisterkonvents für den Klimaschutz aktiv zu beteiligen.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 31. Oktober 2009 über die Umsetzung des Beschlusses zu berichten.

Begründung:

Bisher sind über 450 Städte dem von der EU-Kommission initiierten Bürgermeisterkonvent für den Klimaschutz beigetreten, darunter Paris, Madrid, Rom, Hamburg und London – nicht aber Berlin.

Berlin soll dem Bürgermeisterkonvent zumindest nachträglich beitreten und den Klimavertrag der Städte unterzeichnen. Der Antragstext listet die damit verbundenen Verpflichtungen auf. Bei Nichterfüllung droht ein Rauswurf aus dem Bürgermeisterkonvent. Kernstück ist die Verpflichtung für alle teilnehmenden Städte, einen konkreten Aktionsplan mit Klimaschutzmaßnahmen vorzulegen, mit denen das jeweilige Klimaziel erreicht wird. Im Falle Berlins besteht es darin, die CO₂-Emissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent (gegenüber 1990) zu reduzieren. Ein solcher Klimaschutzaktionsplan ist für Berlin ohnehin überfällig.

Nur wer den einzelnen Klimaschutzinstrumenten klare CO₂-Einsparziele zuschreibt, die dann in ihrer Summe das Klimaschutzziel des Landes erreichen, kann eine stringente und zielorientierte Klimapolitik machen.

Berlin, den 21. April 2009

Eichstädt-Bohlig Ratzmann Schäfer
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen